

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 20745 im Vereinsregister Chemnitz, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2013

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf, Tel. 01522-1960531, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Rausdorf, 21.06.2013**

Spendenkonto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 100 € zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder

Inhalt:



Muss man ein schlechtes Gewissen haben, wenn man bei sommerlichen 26°C am herrlichen Mondsee Pirkau liegt, und daran denkt, dass hier mal Kohlebagger tiefe Löcher in den Grund gerissen haben, alles was auf der Oberfläche wuchs auffraßen, um an den kostbaren Rohstoff heranzukommen? Diese

Frage beschäftigt mich, während ich – leider wieder auf den „letzten Drücker“ zwischen den Badegängen am Steinbeisser schreibe. Schließlich sollen sie (hoffentlich noch rechtzeitig) erfahren, dass wir uns am 26. Juni – am kommenden Mittwoch schon – wieder in Burgstädt zur Mitgliederversammlung treffen wollen.

Die Frage nach dem schlechten Gewissen geht mir nach. Wenn - wie hier - rechtzeitig (1985 begann die Rekultivierung) Sorge dafür getroffen wird, dass es eine Nach-Kohle-Ära geben wird, mag man diese Frage vielleicht mit „Nein“ beantworten. Ich will das zwiespältige Gefühl trotzdem nicht wegdrücken, ohne dass ich mir davon den Genuss wunderschöner Pflanzenvielfalt und sauberen Wassers verderbe. Wie oft trägt auch meine Lebensweise zu solchen Wunden bei? Was muss ich tun, um dafür zu sorgen, dass weniger Abbauschneisen in die Landschaft geschlagen werden? Wie beeinflusse ich in kleinen Schritten meinen eigenen Ressourcenverbrauch (Energie, Wasser, Nahrung, Technik), damit weniger Landschaftslöcher nötig werden?

Möge ihnen auch dieser Sommer Gelegenheit zu solchen kleinen Schritten geben. Vielleicht könnte Schritt ein Brief an den Bundestagskandidaten ihres Wahlkreises dazu gehören, mit dem sie ihn über ihre Sorgen bezüglich des Abbauvorhabens vor ihrer Haustüre informieren. Jemand anders tauscht vielleicht den energieintensiven Flug nach Mallorca gegen eine Radtour an den Mondsee. Ich kann ihnen nur berichten, dass es hier höchstwahrscheinlich schöner (zumindest romantischer) ist, besonders bei Vollmond... ;-))

1. Es wird immer schwerer, Tagebaue zu rechtefertigen S.2
2. Bergschäden in Weißwasser vor Gericht S.2
3. Bundsratsinitiative zur Beweislast-Umkehr bei Bergschäden angekündigt S.3
4. Beweislast für Risse soll umgekehrt werden S.3
5. Tagebau Hambach: BUND-Klage gegen Waldrodung S.4
6. GRÜNE stellen im Bundestag Antrag zu nachhaltiger Rohstoffpolitik S.4
7. You-Tube-Video: Fracking verbieten S.5
8. Chile – Spitzenreiter im Kupferbergbau S.5
9. „Der geplünderte Planet“ neuer Bericht an den „Club of Rome“ S.6
10. Bundesverfassungsbericht will das deutsche Bergrecht prüfen S.9
11. Was ist los auf dem Windberg in Mühlau S.10
12. Kohlekraft ist schon längst am Ende S.10
13. Rohstoffkonzerne müssen Zahlungen offenlegen S.12

Termine :

1. **Mittwoch, den 26. Juni 2013,**
Einladung zur Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt 19.00 Uhr mit
Entlastung des Vorstandes
Neuwahl des Vorstandes
Gaststätte „Scharfe Ecke“, Am Markt 23,
Burgstädt (Parken auf dem Markt Burgstädt)

Mit herzlichen Grüßen
Ihr Ulrich Wieland

1. Es wird immer schwerer, Tagebaue zu rechtfertigen.

Rechtsanwalt Dirk Teßmer im Interview über den Braunkohleplan Welzow-Süd II

Herr Teßmer, Sie vertreten Betriebe und die Landtagsfraktion der Grünen, die den Tagebau Welzow-Süd Teilfeld II verhindern wollen. Die gemeinsame Landesplanungsbehörde Berlin-Brandenburg hat jetzt angekündigt, den Braunkohleplan noch einmal zu überarbeiten, von grundsätzlichen Änderungen ist die Rede. Auch eine erneute Anhörung soll es geben. Was hat das zu bedeuten?

Zunächst heißt das, dass sich meine Mandanten mit ihren Einwänden voll durchgesetzt haben, denn die Landesplanungsbehörde hat wohl eingesehen, dass ihre Planung keine tragfähige Grundlage darstellt. Es gibt zuhauf ungelöste Probleme. Insbesondere ist ungeklärt, ob eine Umsiedlung von Proschim, aber auch der Gewerbebetriebe und der Agrargesellschaft überhaupt möglich wäre. Neben der Umsiedlungsplanung fehlt auch die Sozialverträglichkeitsfeststellung. Eine Lösung dieser Problematik aber ist die essenzielle Voraussetzung für eine Fortführung der Braunkohlenplanung.

Aber bei jedem anderen Planverfahren muss so etwas doch berücksichtigt werden. Was genau ist denn jetzt schiefgegangen?

Es war die erste Anhörung für ein Braunkohleplanverfahren in Brandenburg. Und das auch nur, weil auch Sachsen betroffen ist, wo Anhörungen gesetzlich vorgeschrieben sind. Dass keine Flächen für die Umsiedlung und den Betriebsverlust gesucht wurden, finde ich ein Unding. Die Behörde hat offenbar keine Vorstellungen davon, was den Menschen mit einer solchen Planung angetan wird. Es kann nicht weiter nach dem Motto vorgegangen werden, dass die Umsiedlungsproblematik sich zwangsläufig schon irgendwie lösen lassen werde, wenn die Abbauplanung erst einmal aufgestellt ist. Für Proschim und die Betroffenen hat das Land gegenwärtig noch keine Lösung im Angebot. Es fehlt bereits an den erforderlichen Analysen, was zur Kompensation eines etwaigen Eingriffs in die Ortslage getan werden muss. Es kann doch den Proschimern nicht zugemutet werden, ihr gesamtes Leben neu zu justieren. Bei den Gewerbebetrieben muss geprüft werden, ob es am neuen Standort überhaupt eine Grundlage zum Überleben gibt. Man muss also schlicht abschätzen, ob es vertretbar, ob es verantwortbar ist, einen Braunkohlentagebau Welzow-Süd II betreiben zu lassen. Das aber ist bislang nicht ansatzweise darstellbar.

Erleben wir also gerade den Anfang vom Ende für die Braunkohlepolitik in Brandenburg und für neue Tagebaue?

Es ist erst einmal ein wichtiger erster Erfolg. Ich bin der Überzeugung, dass es dem Widerstand gegen neue Tagebaue Auftrieb geben und einen Katalysatorfaktor haben wird. Hoffentlich hat die Einsicht Einkehr gehalten, dass man mit den Menschen so nicht umgehen kann, nur für den Hauptzweck, Braunkohle abzubauen. Meiner Meinung nach sind solche Eingriffe in die Lebensumstände der Menschen und der Umwelt mit rechtsstaatlichen

Grundsätzen unvereinbar. Es gibt auch einen Wandel in den Verfahren: Der Widerstand spiegelt sich in der Gesellschaft und in den Köpfen, in den Behörden und Gerichten wider. Wir sind auf einem Weg, der dazu führen wird, dass es das Teilfeld zwei des Tagebaus Welzow Süd nicht geben wird.

Soll heißen: Je größer der Widerstand, desto größer die Chancen, neue Tagebaue zu verhindern? In Horno, dem berühmtesten abgebaggerten Dorf in Brandenburg, hat das nicht geklappt.

Es wird im gegenwärtigen gesellschaftlichen, energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Umfeld immer schwerer, neue Tagebaue mit dem Gemeinwohlinteresse zu rechtfertigen, zumal der Braunkohlestrom für die Versorgungssituation nachweislich nicht mehr nötig ist. Früher hat sich niemand bei den Planungen Gedanken um die Grundrechte gemacht. Damals galt, dass der Bergbau erforderlich ist und Strom aus Kohle notwendig. Das ist verschwunden. Jetzt geht es darum, welchen Preis man dafür bezahlen muss. Allein mit dem überwiegenden öffentlichen Interesse lassen sich Tagebaue auch nicht mehr begründen, denn dem grundlegenden Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das wir im Falle Garzweiler erreichen konnten, steht auch fest, dass die Rechte der Betroffenen zu diesem öffentlichen Interesse gehören. Und wenn der Widerstand stark genug ist, wird der Bagger nicht kommen.

Um welche Grundrechte geht es?

Um das Recht auf Grundeigentum, um Freizügigkeit, dass man bleiben kann, wo man wohnt, Berufsfreiheit für die Unternehmer vor Ort, aber auch auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Wir erleben gegenwärtig die letzten dieser Verfahren. Ich habe den festen Glauben, dass es für die Betroffenen gut ausgehen wird. Und das liegt auch an der schwindenden Bedeutung der Braunkohle. Gespräch: Alexander Fröhlich

Erschienen in PNN (Potsdamer Neueste Nachrichten) am 24.11.2012 auf Seite 22

[Email an Autor schreiben](#)

2. Bergschäden in Weißwasser vor Gericht

Quelle: (Lausitzer Kohle)-Rundbrief vom 10.12.12

Wie die "Lausitzer Rundschau" am 8. Dezember auf der Lokalseite Weißwasser berichtete, verhandelte das Landgericht Görlitz in der vergangenen Woche die Klage der Wohnungsgesellschaft Weißwasser gegen Vattenfall. Der Konzern hatte die Risse an einem Mietshaus nicht als Bergschaden anerkannt, die Wohnungsgesellschaft daraufhin eigene Gutachten beauftragt. Mit einem Urteil wird im Januar gerechnet. Der Schaden entstand in der Zeit, als sich der Tagebau Nochten der Stadt näherte. Ein Nachweis des Zusammenhanges sei aber nur mit hohem Aufwand möglich. Die Lausitzer Rundschau zitiert deshalb den Anwalt der Kläger, es sei "an der Zeit, dass

auch Sachsen dafür Sorge, dass sich die Beweislast für Bergschäden im Berggesetz zu Gunsten der Geschädigten umkehrt und der Bergbautreiber nachweisen muss, dass eingetretene Schäden nicht durch seine Tätigkeit entstanden." Tatsächlich dürfte sich die geforderte Beweislastumkehr nur bundesweit durchsetzen lassen. Für Tiefbau gilt sie im Bundesberggesetz bereits, für Tagebau dagegen nicht. Aber natürlich können einzelne Bundesländer dafür die Initiative ergreifen, was Sachsen wie Brandenburg gut zu Gesicht stünde.

3. Bundesrats-Initiative zur Beweislastumkehr bei Bergschäden angekündigt

Wie die "Aachener Nachrichten" am 13. Dezember berichteten, plant die nordrhein-westfälische Landesregierung im nächsten Jahr eine Bundesratsinitiative zur Beweislastumkehr bei Bergschäden. Bisher muss im Umfeld eines Tagebaues der Geschädigte nachweisen, dass der Bergbau Verursacher eines Schadens ist. Bei Abbau unter Tage ist es bereits umgekehrt. Die entsprechende Bestimmung im § 120 des Bundesberggesetzes kann entweder durch den Bundestag oder durch eine Bundesratsinitiative auf Tagebaue ausgeweitet werden. Interessant in diesem Zusammenhang wird das Verhalten des Landes Brandenburg im Bundesrat sein. Laut seinem Koalitionsvertrag will es sich für soziale und ökologische Verbesserungen im Bundesberggesetz einsetzen. Der Zeitungsbericht der Aachener Nachrichten ist im Internet hier verfügbar:

<http://www.aachener-nachrichten.de/lokales/region/tagebauschaden-beweislast-soll-umgekehrt-werden-1.475231>

Quelle: [Lausitzer-kohle] Rundbrief: Aufruf zum Sternmarsch, Beweislastumkehr u.a. vom 19.12.12

4. Beweislast für Risse soll umgekehrt werden

CDU-Antrag im Landtag zu möglichen Schäden durch Braunkohletagebau. NRW-Landesregierung plant Bundesratsinitiative.

VON WILFRIED GOEBELS

(Quelle: Düsseldorfer Nachrichten v. 13.12.2012) Düsseldorf. Durch eine Umkehr der Beweislast sollen Bewohner von Tagebauregionen künftig bei Bergschäden besser abgesichert werden. Die rot-grüne Landesregierung plant für 2013 eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Bergbaugesetzes. Künftig sollen Bergbaubetreiber nachweisen müssen, dass Schäden nicht durch den Abbau verursacht wurden.

Auch die CDU-Opposition fordert eine Reform des Bergbaurechts.

Der Landtag berät heute einen CDU-Antrag, der eine "generelle Bergschadensvermutung mit Beweislastumkehr" verlangt.

Experten schätzen, dass im rheinischen Braunkohlerevier jährlich 300 Schäden an Privathäusern auftreten.

Durch die Absenkung des Grundwassers im Tagebau drohen danach in den nächsten vier Jahrzehnten Schäden von mindestens 180 Millionen Euro. Während im Steinkohlerevier die Beweislastumkehr gilt, ist sie im Tagebau bisher nicht umgesetzt. Der Jülicher CDU-Abgeordnete Josef Wirtz betonte, dass ein Schlüssel zur verstärkten Akzeptanz des Tagebergbaus in der "behutsamen Reform des Bergrechts liegt".

Neben der Beweislastumkehr drängt die CDU auf eine bessere Beteiligung der Öffentlichkeit. So soll die Gemeinde frühzeitig über den Antrag auf Erteilung einer Bergbauberechtigung informiert werden. Außerdem sollen relevante Geo-, Umwelt- und Überwachungsdaten mindestens alle drei Jahre aktualisiert veröffentlicht werden. Die zur Begutachtung von Bergschäden hinzugezogenen Markscheider sollen unabhängig vom jeweiligen Bergbauunternehmen arbeiten.

Die NRW-Grünen kritisieren, dass Bergbaubetroffene angesichts der Verfügung der Daten durch den Bergbaubetreiber heute praktisch kaum Chancen hätten, ihre Ansprüche durchzusetzen. Weil Privatleute häufig den Rechtsstreit mit den Bergbaukonzernen scheuten, werde ein Großteil der Schäden gar nicht gemeldet oder könne gegenüber dem Bergbaubetreiber nicht durchgesetzt werden, betonten die Grünen im Landtag. Der rot-grüne Koalitionsvertrag beschreibt das Ziel, dass Betroffene von Bergbauschäden "künftig eine vergleichbare Rechtsstellung in der Braunkohle" wie in der Steinkohle erhalten. Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen erinnerte daran, dass nicht nur im unmittelbaren Umfeld des Tagebaus schwere Gebäudeschäden auftreten könnten.

So habe man 20 Kilometer vom Tagebau Hambach entfernt in Vettweiß Häuser infolge schwerer Bergschäden abreißen müssen.

Der Tagebau Hambach erreicht eine Tiefe von fast 400 Metern. Bis zum Abbau-Niveau muss das Grundwasser abgesenkt werden.

Die CDU-Fraktion warnt aber vor Überlegungen auf Bundesebene für eine radikale Änderung des Bergrechts. So würde eine massive Ausweitung der Klageberechtigung den "Bergbau in Deutschland faktisch unmöglich machen".

Unterdessen sorgen drohende Senkungen im Steinkohlerevier Südlimburgs für Unruhe. Hier bringt sich der lange abgeschlossene Bergbau plötzlich wieder in Erinnerung.

"Fördert Akzeptanz nicht"

ZWEI FRAGEN AN JOHANNES LAMBERTZ

Vorstandsvorsitzender RWE Power AG

Bedeutet die geplante Umkehr der Beweislast einen Beitrag zu mehr Akzeptanz der Braunkohle, oder sorgt sie dafür, dass die Strompreise weiter steigen?

Lambertz: Die Kosten würden dann nicht wesentlich anders ausfallen. Jedes Bergschadensereignis, das wir verursachen, wird von uns intensiv begleitet. Jeder, der meint, dass wir Verursacher

sind, kann sich bei uns melden, wir werden uns alles anschauen.

Dazu können externe Gutachter herangezogen werden. Falls wir den Schaden nicht anerkennen, kann der Betroffene die Schiedsstelle (beim Kölner Regierungspräsidium - Red.) anrufen. Das ist ein guter Schritt für Akzeptanz.

Die Umkehr der Beweislast fördert diese Akzeptanz nicht.

Warum zeichnet sich im Landtag dennoch eine große Mehrheit dafür ab? Das zeigt doch, dass die Politik nicht zufrieden ist.

Lambertz: Ob es eine Mehrheit gibt, bleibt abzuwarten. Bislang sind erst einige Abgeordnete dafür.

Wir sind der Meinung, dass die Bürger mit der jetzigen Regelung ein vernünftiges Instrumentarium an der Hand haben. (-bst-)

5. Tagebau Hambach: BUND-Klage gegen Waldrodung

Baumfällungen ohne Rechtsgrundlage / Klage hat aufschiebende Wirkung

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) will die laufenden Rodungen für den RWE-Braunkohlentagebau Hambach gerichtlich stoppen. Der Umweltverband hat heute beim Verwaltungsgericht Aachen eine Klage gegen das Land NRW eingereicht. Darin wird wegen gravierender Verstöße gegen das Artenschutzrecht die Aufhebung des derzeit gültigen Hauptbetriebsplans beantragt. Dieser ist die Grundlage für die Fällarbeiten im Hambacher Wald. Da die Klage aufschiebende Wirkung hat, muss RWE die Rodungen einstellen.

Durch den Tagebau wird für immer Landschaft, Heimat, Wasserhaushalt, Natur- und Artenvielfalt zerstört, nur um einige Jahrzehnte Braunkohle, den ineffizientesten, umwelt- und klimaschädlichsten Brennstoff, den es überhaupt gibt, zu fördern, sagte Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND. "Wir werden daher weiter alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen, den Fortgang der Umweltkatastrophe Tagebau Hambach zu stoppen."

Der beklagte Hauptbetriebsplan umfasst die mit dem Betrieb des Tagebaus Hambach verbundenen Waldrodungen bis zum 31.12.2014. Durch die Fällarbeiten werden die Kernlebensräume etlicher gesetzlich streng geschützter Tierarten vollständig zerstört. So ist der Hambacher Wald eines der wichtigsten Verbreitungsgebiete für den Mittelspecht und die Bechsteinflöckchen. Insgesamt kommen dort mindestens elf weitere nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU geschützte Tierarten wie z.B. die Haselmaus und fünf geschützte Vogelarten vor. Der Hambacher Wald selbst stellte ursprünglich den EU-weit zweitgrößten Sternmieren-Eichen-Hainbuchenwald bzw. Hainsimsen-Buchenwald dar. Dieser wertvolle Lebensraumtyp unterliegt nach BUND-Auffassung ebenfalls dem Schutz der FFH-Richtlinie.

Die Fortführung der Rodungen wären formal nur zulässig, wenn RWE Power über eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung verfügte, konstatierte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen. Diese liegt aber nicht vor, womit die Fällarbeiten offenkundig rechtswidrig sind. Selbst RWE Power AG gehe davon aus, dass die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände erfüllt sind. Deshalb habe der Energiekonzern im April 2012 einen Sonderbetriebsplan betreffend die artenschutzrechtlichen Belange bei der Fortführung des Tagebaus Hambach bis 2020 zur Zulassung eingereicht. Dieser sei aber von der Bezirksregierung Arnsberg bis heute nicht beschieden worden. Damit fehlt die artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 45 Absatz 7 Bundesnaturschutzgesetz.

Der BUND stützt seine Klagebefugnis auf die Aarhus-Konvention und die darauf aufbauende neue Rechtsprechung. Dank neuer Klagerechte der Umweltverbände ist es endlich möglich, die Rechtsverstöße bei der Vernichtung des noch immer einzigartigen Lebensraums des Hambacher Forstes vor ein Gericht zu bringen", sagte BUND-Anwalt Dirk Teßmer.

Eine frühere Klage des BUND gegen den Tagebau war nach mehrjährigem Rechtsstreit gescheitert, da es seinerzeit nur ein sehr beschränktes Klagerecht der Umweltverbände gab, mit welchem selbst Verstöße gegen europarechtliche Vorgaben des Artenschutzes nicht durchgesetzt werden konnten. Dies ist aufgrund der jüngsten Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und einiger deutscher Verwaltungsgerichte inzwischen anders.

Bereits im April 2012 hatte der BUND eine umfangreiche Stellungnahme zu dem von RWE Power beantragten Rahmenbetriebsplan zur Fortführung des Tagebaus Hambach bis 2030 und dem artenschutzrechtlichen Sonderbetriebsplan eingereicht. Sollte die Bezirksregierung Arnsberg diese zulassen, will der BUND erneut vor Gericht ziehen.

6. Grüne stellen im Bundestag Antrag zu nachhaltiger Rohstoffpolitik

Quelle: Greenhouse Infopool <greenhouse@jpberlin.de>

Posted on: Wednesday, May 22, 2013 5:30 PM

Author: Rainer Falk (rfalk@pt.lu)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen strebt eine nachhaltige und gerechte Rohstoffpolitik an und setzt sich außerdem für eine Innovationsstrategie für die Wirtschaft ein. In einem Antrag (Link s.u.) wird gefordert, den inländischen Rohstoffverbrauch pro Kopf bis zum Jahr 2050 gegenüber 1994 zu halbieren. Außerdem soll die Rohstoffeffizienz gesteigert werden. Dazu fordert die Fraktion nach japanischem Vorbild im europäischen Binnenmarkt für elektronische Geräte dynamische Effizienzstandards. „Die öffentliche Beschaffung soll ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und sich

verstärkt an der Nutzung ressourceneffizienter Produkte und Dienstleistungen ausrichten“, wird gefordert. Das Ziel geschlossener Stoffkreisläufe soll konsequent verfolgt werden.

Von der Bundesregierung wird verlangt, dass sie vom Konzept bilateraler Rohstoffpartnerschaften abrückt. „Die Rohstoffpartnerschaften müssen in eine europäische Gesamtstrategie für Rohstoffkooperationen und die entsprechenden Initiativen der Kommission mit den jeweiligen Partnerländern eingebunden werden. Sie werden den Herausforderungen nur als faire Partnerschaften auf Augenhöhe und als Wirtschaftspartnerschaften gegenseitigen Nutzens gerecht“, fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Versorgung mit Rohstoffen zählt nach Ansicht der Fraktion zu den strategisch bedeutendsten Themen für die deutsche Wirtschaft. Die deutsche Industrie sei bei fast allen metallischen Rohstoffen von Importen abhängig, stellt die Fraktion in ihrem Antrag fest. „Kein Auto, keine LED und keine Solarzelle kommt ohne Schlüsselrohstoffe wie Kobalt, Platin oder Seltene Erden aus. Die Transformation zu einer grünen, also klimaneutralen und ressourceneffizienten Ökonomie, ist ohne die strategisch wichtigen High-Tech-Metalle undenkbar“, heißt es. Wenn nicht durch gezielte Effizienzsteigerungen und durch Einsparungsmaßnahmen gegengesteuert werde, werde die Nachfrage nach strategischen Rohstoffen in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen. Die Rohstoffpolitik müsse daher sicherstellen, dass wichtige Innovationen nicht durch mangelnde Rohstoffverfügbarkeit behindert würden.

(1) <http://dip.bundestag.de/btd/17/135/1713568.pdf>

7. Fracking verbieten

unter

<http://www.youtube.com/watch?v=qd7NatBfpE4&feature=plcp> findet ihr ein „Aufklärungs“video mit interessanten Informationen zum Thema Fracking

8. Chile - Spitzenreiter im Kupferbergbau

Hohe Energiekosten schaffen Probleme

Quelle: Greenhouse Infopool
von Marianela Jarroud - 29. Mai 2013

Santiago de Chile, 28. Mai (IPS) - Auch wenn Chiles Status als weltgrößter Kupferproduzent nicht in Gefahr ist, steht das Land vor der Herausforderung, aus dem Industriezweig langfristig soziales Kapital zu schlagen. Notwendig sind laut Experten außerdem Maßnahmen gegen die hohen Energiekosten, die sich in den vergangenen zehn Jahren versiebenfacht haben.

„Die komparativen Vorteile des Landes sind in gewisser Weise durch den Preisanstieg bedroht, vor allem in den Bereichen Elektrizität und Zulieferungen“, sagt Rodrigo Balbontín vom Studienzentrum für Kupfer und Bergbau CESCO [1].

Mit einem globalen Marktanteil von 36 Prozent und 28 Prozent aller bekannten Kupfervorkommen bleibt Chile weiterhin der weltweit führende Produzent des Metalls. Der Kupferbergbau war 1971 von dem damaligen sozialistischen Staatspräsidenten Salvador Allende verstaatlicht worden. Kupfer macht 45 Prozent der chilenischen Exporte aus und trägt zu einem Drittel zu den staatlichen Einkünften bei.

Nach Angaben der Chilenischen Kupferkommission Cochilco [2] produzierte das südamerikanische Land 2012 etwa 5,5 Millionen Tonnen Kupfer, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Das staatliche Kupferunternehmen Codelco sorgte im vergangenen Jahr für Einnahmen von 7,52 Milliarden US-Dollar. Es reguliert den Sektor, in dem auch transnationale Konzerne wie der anglo-australische 'BHP Billiton', 'Anglo American' sowie 'Xstrata' mit Sitz in der Schweiz vertreten sind.

Kupferproduktion noch für 80 Jahre gesichert

Laut Bernardo Reyes, Leiter der Abteilung für Bergbauingenieurswesen an der Universität von Santiago, sichern die derzeitigen Kupfervorkommen in Chile die Aufrechterhaltung der Produktion für weitere 80 Jahre. Die Lagerstätten neigten sich aber zunehmend dem Ende zu, warnt er. „Wenn Codelco nicht die notwendigen Investitionen tätigt, wird die Produktion sinken.“

Codelco hat vor, im Zeitraum 2013 bis 2020 27 Milliarden Dollar in den Sektor zu pumpen, vor allem, um die Produktion zu erhöhen und den Reinheitsgrad des Kupfers zu verbessern. Kurzfristig soll die Förderung 2015 auf 6,3 Millionen Tonnen erhöht werden.

Der nördliche Nachbar Peru, der nach Chile zweitgrößte Kupferproduzent, will bis 2016 die Produktionsmenge des vergangenen Jahres verdoppeln. Das Ergebnis in 2012 war bereits um 141 Prozent höher als 2011 und erreichte drei Millionen Tonnen. Von 2016 bis 2021 peilt Peru eine stabile Produktionsrate von sechs Millionen Tonnen jährlich an.

Balbontín rechnet damit, dass nicht nur Peru, sondern auch der Konkurrent China allmählich zu Chile aufschließen wird. Diesen Ländern bescheinigt er ein größeres Wachstumspotenzial, doch sei Chiles Vorrangstellung nicht in Gefahr. Peru sei weniger eine Bedrohung, sondern eher ein möglicher strategischer Partner, mit dem man Wissen und Erfahrungen austauschen könnte. Auch die USA betrachtet Balbontín nicht als Konkurrenten des chilenischen Kupfersektors. Die Vereinigten Staaten produzierten für den Inlandsmarkt, erklärte er.

Das Argument, die Arbeitskosten seien in Chile zu hoch, wollen die Experten nicht gelten lassen. Reyes wies darauf hin, dass die Löhne in Chile

niedriger seien als in den USA. Sie seien also kein Hinderungsgrund für Investitionen. Weit stärker wirkten sich stattdessen die hohen Kosten für Infrastruktur und Energie aus. Die Produktion könnte vor allem deshalb teurer werden, weil der Zugang zu Wasser problematisch sei.

"Die Energiekosten in Chile sind innerhalb von zehn Jahren um etwa das Siebenfache gestiegen. Dies wirkt sich auf die Höhe der Produktionskosten aus", meinte Reyes. Bei der elektrolytischen Raffinierung von Kupfer würden enorme Mengen an Strom verbraucht.

Wasserknappheit treibt Produktionskosten hoch

Die Wasserknappheit in den nordchilenischen Wüstenregionen, in denen sich die größten Kupfervorkommen befinden, habe die Unternehmen dazu gezwungen, das erforderliche Wasser aus dem Meer zu holen. Dieses Wasser muss aber entsalzt und in eine Höhe von 800 Metern über dem Meeresspiegel transportiert werden. "Wasser die Anden hochzupumpen erfordert zudem umfangreiche Infrastrukturen und Energieressourcen."

Balbondín bringt das Stromproblem mit der geografischen Lage der Kupfervorkommen, der Konzentration auf dem Energiemarkt und einer Energiemischung in Verbindung, die auf Kohle und Diesel basiert. Es sei wichtig zu analysieren, wie die Förderung eines Rohstoffes langfristig soziales Kapital generieren könne, denn Kupfer sei bekanntermaßen keine erneuerbare Ressource.

Gleichwohl erwartet Balbondín, dass die Nachfrage nach dem Metall in den nächsten zehn Jahren weltweit ansteigen wird. Die Preise werden nach seiner Prognose stabil bleiben und nicht unter zwei Dollar pro Pfund fallen.

Links:

[1] <http://www.cesco.cl/>

[2] <http://www.cochilco.cl/>

9., „Der geplünderte Planet“ - neuer Bericht an den Club of Rome

Verknappung zentraler Ressourcen absehbar

20.06.2013

Quelle: Kontext TV

<http://www.kontext-tv.de/node/359>

Mehr als 40 Jahre nach dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ stellte der Club of Rome nun seinen neuen Bericht vor: „Der geplünderte Planet“. Autor Ugo Bardi erläutert im Kontext-TV-Interview, welche Folgen der Raubbau an der Erde hat und warum es in den kommenden Jahrzehnten zu Ressourcen-Knappheiten kommen wird. Neben Öl könnte es auch bei Uran und Kupfer bald zu Engpässen kommen. Noch gra-

vierender aber sind laut Bardi die Umweltfolgen des Raubbaus: Radioaktive Materialien und Schwermetalle vergiften die Erde, der wachsende CO2-Ausstoß führt zu einem katastrophalen Klimawandel.

UGO BARDI, Professor für physikalische Chemie an der Universität Florenz, Autor des Berichts an den Club of Rome "Der geplünderte Planet"

Interview: Fabian Scheidler

Fabian Scheidler: Herr Bardi, was sind die Hauptergebnisse Ihres Berichts?

Ugo Bardi: Der Tenor des Buchs ist, dass wir mit dem Rohstoffabbau der letzten paar hundert Jahre - eine Aktivität, die bereits seit Jahrtausenden von Menschen ausgeübt wurde - eine gewisse Grenze erreicht und unseren Planeten völlig transformiert haben. Unser Planet ist nicht mehr, was er vor 50, vor 100 Jahren war. Es ist ein Planet, in der die grundlegenden Ressourcen, Mineralienvorkommen und Erze, die wir ausbeuten, um unsere Zivilisation oder die Welt, wie wir sie kennen, aufzubauen, verbraucht und über das gesamte Ökosystem verteilt worden sind. Das erzeugt zwei Probleme.

Eines ist die Erschöpfung der Vorräte in dem Sinne, dass der Abbau von Rohstoffen immer teurer wird. Bisher ist noch nichts wirklich völlig aufgebraucht worden, aber der Abbau wird immer aufwändiger, was die Energiekosten betrifft. Und da wir unsere Energie vor allem aus mineralischen Ressourcen gewinnen, ist das ein Problem. Das zweite Problem, die Umweltverschmutzung, ist wahrscheinlich noch schlimmer; denn diese ganze gewaltige Masse von Material - wir sprechen von Billionen Tonnen - wurden extrahiert und verarbeitet und muss irgendwo hin. Diese Materialien sind nun über die Erde verteilt, in Formen, die sich unmöglich zurückgewinnen und in den industriellen Kreislauf reintergrieren lassen. Wir haben Schwermetalle, radioaktive Materialien, Schutt und vor allem Kohlendioxid, das heute vermutlich das größte Übel ist, denn es verursacht ein kleines Problem, das Globale Erwärmung oder Klimawandel genannt wird - obwohl wir es eigentlich katastrophalen Klimawandel nennen sollten, denn genau das riskieren wir, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Fabian Scheidler: Welche wichtigen Mineralien werden als erste knapp werden?

Ugo Bardi: Wir haben einige kritische Ressourcen, zum Beispiel Uran. Uran ist ein interessanter Fall, denn es gibt keine ausreichenden Uranvorräte. Seine Produktion reicht nicht aus, um die existierenden Kernkraftwerke zu versorgen. Wie werden die Kraftwerke dann betrieben? Sie werden durch Uran betrieben, das von alten nuklearen Sprengköpfen stammt. Man könnte denken, dass das gar keine so schlechte Idee ist, aber das ist eine sehr begrenzte Ressource, die natürlich

stark politisch verwaltet wird. Die Verträge, die es möglich machen, diese Sprengköpfe zu demontieren und in Brennstoff für Kernkraftwerke umzuwandeln, sind sehr heikel. Und bei dieser Knappheit wäre ich nicht überrascht, wenn Uran die erste Ressource mit einem krisenhaften Verfügbarkeitsproblem werden sollte.

Fabian Scheidler: Sie haben schon über das Energiedilemma gesprochen. Viele Menschen glauben, dass Ressourcen irgendwann einfach aufgebraucht sein werden, dass gar nichts mehr von ihnen übrig ist. Aber Sie argumentieren, dass wir bereits nicht mehr genug von ihnen haben werden, bevor die Ressourcen tatsächlich erschöpft sind. Und zwar weil wir nicht mehr über genug Energie verfügen werden, um die Materialien aus Erzen mit immer geringerer Konzentration zu extrahieren. Was hat es mit diesem Energiedilemma auf sich?

Ugo Bardi: Das ist ganz einfache Physik. Vor langer Zeit haben Leute Kohle mit Pickhacken geschürft. Das ist einfach, man brauchte dazu nur Muskelenergie. Aber heute benutzen wir gigantische Maschinen, um Kohle zu extrahieren. Und um diese Maschinen - die größten landgestützten Maschinen, die je geschaffen wurden - auch nur herzustellen, brauchen wir Stahl, und um Stahl herzustellen, brauchen wir Eisen, und um Eisen herzustellen, brauchen wir Eisenerz. Um also eine Maschine für den Kohlebergbau herzustellen und zu betreiben, braucht man viel Energie - und das ist teuer. Das ist das Konzept des Energieertrags oder des Energy Return on Investment, auch „Erntefaktor“ genannt. Es geht auf eine Idee aus den Wirtschaftswissenschaften zurück: das Gesetz von der sinkenden Kapitalrendite. Das Problem ist, dass man zuerst in die profitabelsten Bereiche investiert; wenn sie erschöpft sind, wird in die weniger profitablen investiert - und so entsteht das Problem der sinkenden Erträge. Das gibt es überall. Im Moment ist das Problem nicht, dass wir bald gar keine Ressourcen oder gar keine Energie mehr haben. Es ist, als ob wir einen Pfad entlanggehen, der immer mehr ansteigt. Erst merkst du gar nicht, dass es nach oben geht, denn der Pfad steigt nur sanft an. Beim Weitergehen merkst du, dass es immer steiler wird, und du fängst an, erschöpft zu sein, aber du kannst immer noch weitergehen. Und dann merkst du plötzlich, dass der Pfad richtig steil ansteigt, und du musst plötzlich anfangen zu klettern und dich mit den Händen festhalten, und an einigen Stellen kannst du nicht mehr weiterklettern. Wir sind noch nicht an diesem Punkt, aber wir müssen beginnen zu verstehen, dass die Steigung irgendwann so steil werden wird, dass wir nicht mehr weiterklettern können und anhalten und wieder heruntergehen müssen.

Fabian Scheidler: In Ihrem Buch haben Sie das Beispiel Kupfer benutzt. Als die Kupferausbeute begann, enthielt Kupfererz 15 Prozent Kupfer, und jetzt sind es nur noch 0,3 Prozent?

Ugo Bardi: Ja, nur noch etwa 0,5 Prozent. So lange wir noch Energie haben, können wir Kupfer vielleicht noch zehn, zwanzig Jahre gewinnen, dann wird es ohnehin kritisch werden. Das Problem ist aber, dass wir vermutlich weniger Energie zur Verfügung haben werden, und in diesem Fall wird es sehr schwer werden, die Kupferproduktion aufrechtzuerhalten - und dieser Punkt könnte bereits in ein paar Jahren eintreten.

Fabian Scheidler: Viele Ökologen befürchten, dass es eine Renaissance der Kohle geben wird, wenn das Öl knapp wird. Was sind die Konsequenzen für die Umwelt, wenn es eine Kohle-Renaissance gibt?

Ugo Bardi: Die Ökologen liegen leider vollkommen richtig. "Leider" nicht nur wegen der Ökologen, sondern wegen uns allen. Es gibt schon jetzt eine Renaissance der Kohle. Der Kohleabbau steigt, besonders in China. Die Kohleförderung ist dabei, das Niveau von Öl zu erreichen. Öl hatte Kohle als eine Energieressource in den 50er oder 60er Jahren überholt, aber jetzt bleibt Öl mehr oder weniger konstant, während Kohle ansteigt. Und was passieren wird? Das System passt sich an, wie ich schon sagte. Da Öl immer schwerer zu produzieren ist, müssen wir zu einer weniger befriedigenden, teureren, problematischeren Ressource, nämlich Kohle, übergehen. Und das tun wir, denn unser System ist auf kurzfristige Profite ausgerichtet. Zum jetzigen Zeitpunkt bringt Kohle kurzfristige Profite. Allerdings gibt es da ein kleines Problem. Bei all diesen Herausforderungen gibt es das Element, das wir Umweltverschmutzung nennen und von dem viele Leute glauben, dass es eigentlich nur diese Grünen, diese Umweltschützer wirklich interessiert.

Aber Umweltverschmutzung ist nicht nur etwas für Umweltschützer, sondern gehört zu den Produktionskosten. Es gehört zu den Dingen, die man später bezahlt - man bezahlt sie nicht gleich. Und man hofft, dass sie jemand anderes bezahlen wird und rechnet sie in die Produktionskosten gar nicht richtig ein. Und man denkt, man macht ein gutes Geschäft, indem man Kohle ausbeutet. Die Industrie jedenfalls macht vermutlich ein gutes Geschäft dabei. Aber irgendjemand anderes macht ein sehr, sehr schlechtes Geschäft, denn irgendjemand wird später dafür bezahlen müssen, den Dreck wieder wegzumachen. Es ist dasselbe beim Uran. Man kalkuliert, wie viel mit Uran produzierte Energie kostet. Und im Rahmen bestimmter Annahmen ist das naheliegend und ein Geschäft für bestimmte Leute. Wenn man aber die Kosten, den Dreck später wieder wegzumachen, miteinberechnet - was Hunderte von Jahren dauern wird -, dann ist das Geschäft nicht mehr so gut. Aber wenn die Kosten erst in hundert Jahren bezahlt werden müssen, dann werden viele sagen, das ist deren Problem, nicht meins. Und wir menschliche Wesen neigen leider dazu, auf diese Weise zu kalkulieren.

Fabian Scheidler: Hier in Deutschland gibt es ziemlich viel Widerstand gegen neue Kohlekraftwerke. Gibt es in Ihren Augen eine Möglichkeit, die Kohle-Renaissance zu verhindern? James Hansen, Klimawissenschaftler der NASA, zum Beispiel hat gesagt: Wenn wir es jetzt nicht schaffen, den Bau neuer Kohlekraftwerke zu verhindern, dann wird ein katastrophaler Klimawandel unausweichlich.

Ugo Bardi: Leider kann es sein, dass er Recht hat. Hansen schlägt eine Strategie vor, nämlich zu versuchen, den Bau neuer Kraftwerke zu stoppen. Das ist vermutlich unabdingbar. Um es klar zu sagen: Wir riskieren die Zukunft der Menschheit, wir riskieren Auslöschung, wenn wir weitere Kohlekraftwerke bauen. Wir tun, was wir können, um das zu verhindern. Aber konfrontiert mit den Schwierigkeiten, die wir erleben - der Verweigerung, die Informationen zur Kenntnis zu nehmen -, sind unsere Möglichkeiten begrenzt. Eine Sache ist allerdings wichtig. Manche sagen, Widerstand ist zwecklos. Aber so sollten wir nicht denken. Wir müssen sagen: Widerstand ist fruchtbar. Wir wehren uns, wir tun, was wir können. Vielleicht werden wir erfolgreich sein.

Fabian Scheidler: Zum Thema Fracking: Viele feiern Schiefergas und Fracking als einen Ausweg aus der Krise der fossilen Energie. Können Sie etwas über Fracking und Schiefergas sagen? Welche Bedeutung haben sie und was sind die Auswirkungen?

Ugo Bardi: Die Auswirkungen sind enorm, was Umweltzerstörung angeht. Fracking ist eine Technologie, die teuer, aufwändig, zerstörerisch und im Großen und Ganzen nutzlos ist, aber: sie hat diesen großen Vorteil, dass sie einen Profit generieren kann. Und das ist der Grund, weshalb sie angewandt wird. Wenn Leute zum Beispiel in Wohnungsbau investieren, gehen sie davon aus, dass es möglich ist, Häuser zu bauen und damit Geld zu erwirtschaften, indem man die Häuser verkauft. Das ist eine Investition. Bei Fracking oder Schiefergas gilt das gleiche: Man weiß, dass man Schiefergas produzieren kann. Also investiert man in Anlagen und hofft, dass man dann Geld damit machen kann, dass es dafür einen Markt geben wird. Das liegt aber nicht auf der Hand. Ebenso wenig wie es auf der Hand liegt, dass es einen Markt für Häuser geben wird, die heute gebaut werden, liegt es auf der Hand, dass es zu den Kosten, zu denen Schiefergas produziert wird, auch einen Markt geben wird. Es ist teuer. Im Moment ist es in den Vereinigten Staaten so, dass das meiste Schiefergas mit Verlust produziert wird. Es ist eine finanzielle Blase. Man investiert Geld in etwas in der Hoffnung, dass es später mehr Geld abwirft, aber jetzt geht das ganze den Bach runter, weil Leute Geld dabei verloren haben. Fracking kostet eine Menge Geld. Und der Markt kann nur eine bestimmte Menge absorbieren. Ich glaube, dass man sich an die ganze Sache mit dem Schiefergas oder Fracking in der Zukunft als eine riesige Blase erinnern wird, die eine Unmenge von Ressourcen verschwendet hat, die wir dringend für andere Dinge gebraucht hätten, die aber bedauerliche Weise auf diese Weise vergeudet wurden.

Fabian Scheidler: Welche Auswirkungen haben Fracking und Schiefergas für die Umwelt und die menschliche Gesundheit?

Ugo Bardi: Man versucht, Schiefergas als eine umweltfreundliche Technik zu verkaufen, aber die Daten, die wir haben, zeigen, dass sie tatsächlich nicht sonderlich umweltfreundlich ist. Erdgas produziert theoretisch zwar weniger Treibhausgase pro Energieeinheit als Kohle. Das ist ein Punkt zugunsten von Fracking oder Schiefergas. Aber in der Realität ist die Technik nicht sehr verlässlich, und beim Betrieb, beim Fördern, beim Bohren gibt es immer Verluste von Gas. Und dieses Gas, das verloren geht - Methan -, ist ein sehr starkes Treibhausgas. Die Daten sind zwar nicht sehr klar, weil der Prozess so neu ist. Niemand weiß, welcher Anteil von dem Gas verloren geht, wie es mit der Effizienz des Vorgangs aussieht. Dinge sind im Allgemeinen nie so effizient, wie man sie gern hätte. Aber einige Daten sagen, dass Fracking mehr Treibhausgase freisetzt als Kohle. Andere Daten sagen, dass es nicht so schlimm ist. Im Großen und Ganzen aber können wir sagen, dass Fracking nicht sauber ist, absolut nicht.

Fabian Scheidler: Es gibt, auch in Deutschland, eine große Diskussion über die Verschmutzung von Grundwasser durch Fracking.

Ugo Bardi: In den Vereinigten Staaten haben sie die Wasserressourcen riesiger Landstriche bereits zerstört. Hier in Europa haben wir ein noch größeres Problem, denn die Bevölkerung ist hier bedeutend dichter. Daher wird Fracking hier Probleme erzeugen, die in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich weniger schlimm wären. Das ist ein weiterer Grund, weshalb wir damit sehr vorsichtig sein sollten.

Fabian Scheidler: Andere „unkonventionelle“ Quellen fossiler Brennstoffe sind Teersande und Schieferöl. Können sie etwas zu den ökologischen Auswirkungen dieser Ressourcen sagen?

Ugo Bardi: Es ist dasselbe wie mit Schiefergas. Alle diese neuen Ressourcen sind teuer und umweltverschmutzend. Teersande, Schieferöl, Schiefergas, "tight gas" im Allgemeinen - es ist immer dasselbe: Wir sind nicht gezwungen, diese Ressourcen auszubeuten. Besonders wenn wir einsehen könnten, wie teuer sie wirklich sind. Aber der finanzielle Mechanismus, der Investitionen an bestimmte Stellen lenkt statt an andere, sorgt für eine tragische Situation. Denn eigentlich sind wir nicht gezwungen, diese extrem teuren und zerstörerischen Ressourcen zu verwenden. Wir könnten dieselben Summen in erneuerbare Energien investieren, und wir hätten dieselbe Menge an Energie für einen bedeutend niedrigeren Preis, wenn wir die Umweltzerstörung miteinrechnen. Unglaublich niedriger. Aber das System ist nicht darauf ausgerichtet, diese Art von Entscheidungen zu treffen. Und die Leute suchen den kurzfristigen, sofortigen und lokalen Profit. Und so machen wir diesen immensen histori-

schen Fehler, der die Zukunft der Menschheit jahrhundertlang begleiten wird. Aber es ist sehr schwer, diese Dynamik zu stoppen, denn die gesamte fossile Industrie hat eine ungeheure finanzielle Macht - und sie neigt dazu, die Sachen weiter zu betreiben, die sie kennt.

Eine gewisse Zeitlang haben sie in erneuerbare Energie investiert, aber jetzt haben sie damit aufgehört. Sie sind in einer angespannten Situation, aber sie können mit fossilen Ressourcen noch Geld verdienen. Auf der einen Seite ist es vollkommen verständlich, aber auf der anderen zerstört es den halben Planeten. Wir können nur hoffen, dass es nicht so schlimm kommt, wie es kommen kann, aber ich fürchte, das wird es tun.

Fabian Scheidler: In Ihrem Buch sprechen sie auch über die Bedeutung von Metallen und Bergbau für Imperien. Wie hängen Metallverarbeitung, Bergbau, Waffen, Kriege und Imperien in der Geschichte zusammen?

Ugo Bardi: Das ist ein sehr interessanter Punkt. Wenn man an diesem Thema arbeitet, findet man immer wieder neue Dinge heraus. Und wenn man so ein Buch schreibt, lernt man wahrscheinlich mehr, als wenn man 100 Bücher lesen würde, denn man muss forschen und all diese Geschichte verdichten. Dabei haben wir die enge Beziehung entdeckt, die es bis vor kurzem noch zwischen Edelmetallen und dem Finanzsystem gegeben hat, dem monetären System, das ziemlich primitiv begonnen hat, aber dann wuchs und dieses enorme Ding wurde, das es heute ist, auch wenn es nicht mehr auf Metallen basiert.

Imperien wurden einst auf der Verfügbarkeit von Gold gegründet, denn Gold war eine militärische Waffe. Es wurde benutzt, um Soldaten zu bezahlen. Das Wort Soldat selbst kommt von einem lateinischen Wort für Münze. So wurde das gemacht: Wenn du Gold hattest, konntest Du Soldaten bezahlen, schufst ein kleines Königreich, stahlst noch mehr Gold, bezahltest noch mehr Soldaten, vergrößertes dein Königreich, das dann ein Imperium wurde. So hat das funktioniert. Bis Gold seine Bedeutung als militärische Waffe verlor, weil die Technik an seine Stelle trat. Denn dann gab es wirksame Waffen wie Kriegsschiffe zum Beispiel, und Kriegsschiffe brauchten Kohle. Kohle wurde das Grundelement von Imperien. Das British Empire wurde auf der Kohle errichtet. Es war das erste globale Imperium. Es dauerte so lange, wie die britische Kohle ausreichte. Als die britische Kohle zur Neige ging, verschwand auch das British Empire. Auch heute basiert unser Imperium vor allem auf der Basis von fossilen Brennstoffen. Wer die Kontrolle über die fossilen Brennstoffe hat, regiert die Welt. So einfach ist es.

Fabian Scheidler: Was sind unsere Optionen? In Ihrem Buch beschreiben Sie verschiedene Szenarien. Eines ist extremer Klimawandel, bei dem sich die Menschen in entlegene Gegenden wie die Antarktis zurückziehen. Ein anderes Szenario sagt, dass wir

in eine Agrargesellschaft wie die des Mittelalters zurückfallen könnten. Welche Optionen haben wir?

Ugo Bardi: Es gibt viele Möglichkeiten, von denen Sie einige genannt haben.

Was sich nicht verändern wird, ist, dass wir ganz grundlegend Bergleute sind. Wir begannen zu Beginn der Steinzeit, Bergleute zu sein, und wir werden Bergleute bleiben. Es ist fast unmöglich, sich eine menschliche Gesellschaft vorzustellen, in der wir nicht irgendetwas aus dem Boden herausholen. Für zehntausende von Jahren, selbst wenn wir zu einer Agrargesellschaft zurückgehen, werden wir weiterhin den Abfall, den unsere Gesellschaft hinterlässt, als Ressource abbauen, zum Beispiel um Eisen zu gewinnen. Das ist sehr wahrscheinlich. Wenn wir kluge Bergleute sind, werden wir unsere Gesellschaft am Leben erhalten, aber wir werden unsere Ressourcenquellen verändern müssen. Bisher haben wir abgebaut, was die Erde über hunderte von Millionen von Jahren in einem geologischen Prozess produziert hat. Das alles wird gerade zerstört. Also brauchen wir neue Minen. Und wir können keine neuen Minen auf diesem Planeten finden, denn es gibt keinen Ort, wo wir uns vorstellen können, die Art von leicht zugänglichen Ressourcen zu entdecken, wie wir sie bisher hatten. Die neuen Minen werden daher Teil des industriellen Kreislaufs sein. Wenn wir es schaffen, eine industrielle Gesellschaft zu erhalten, was durchaus möglich ist, dann können wir, solange wir Energie haben, unsere Abfälle als Ressourcenquelle verwenden und den Kreislauf schließen und damit weitermachen. Ich weiß nicht, ob für immer, aber jedenfalls für eine lange Zeit. Das erfordert aber einiges an Anpassung. Denn in einer Welt, in der mineralische Ressourcen nicht aus Minen stammen, die billig sind, musst du an deinem Abfall arbeiten, du musst ihn organisieren. Wenn man einfach alles zusammengemischt wegwirft, dann wird es schrecklich teuer, Dinge wieder zu trennen. Daher muss der Abfall gemanagt werden. Wenn wir das tun - womit wir mit einiger Mühe schon begonnen haben -, dann zerstören wir das, was wir verwenden, nicht physisch. Wir haben vorhin über Kupfer gesprochen. Kupfer wird abgebaut, es wird gebraucht, aber wir zerstören es nicht, es existiert noch irgendwo. Wenn wir es klug gebrauchen, können wir es wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen lassen und es weiter verwenden. Das ist die große Herausforderung, der wir heute gegenüberstehen.

10. Bundesverfassungsgericht will das deutsche Bergrecht prüfen

Wie das Bundesverfassungsgericht kürzlich bekanntgab, wird es am 4. Juni in einer mündlichen Verhandlung die Verfassungsmäßigkeit von Enteignungen zugunsten des Tagebaues Garzweiler (Nordrhein-Westfalen) prüfen. Damit dürfte das Bundesberggesetz insgesamt ins Visier der Verfassungsrichter geraten sein. Geklagt hatten ein

Bewohner und der Landesverband des BUND, vertreten von Rechtsanwalt Dirk Tessmer. Das Verfassungsgericht setzt nur in wenigen Fällen mündliche Verhandlungen an. Der Termin zeigt also, wie ernst die Richter die aufgeworfenen Fragen nehmen. Das Verfassungsgericht will in der Verhandlung "vor allem die Schutzwirkungen des Grundrechts auf Freizügigkeit (Art. 11 GG) im Zusammenhang mit großflächigen Tagebauvorhaben sowie die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Zulässigkeit einer Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG) erörtern." (Pressemitteilung des Gerichtes) Der erstere genannte Punkt ist auch als "Recht auf Heimat" bekannt und wird seit längerem unter Juristen diskutiert. Der zweite Punkt berührt die Frage, wie "energiepolitisch notwendig" ein Vorhaben sein muss, um Enteignungen zu rechtfertigen. Beides könnte zu drastisch höheren Hürden für Tagebauvorhaben führen. Die Aktenzeichen der beiden Verfassungsbeschwerden sind 1 BvR 3139/08 und 1 BvR 3386/08. Quelle:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg13-020.html>

11. Was ist los auf dem Windberg in Mühlau?

Ein Zwischenbericht von der Bürgerinitiative „Windberg“ Mühlau

1990 hat sich ein Mühlauer Unternehmer ein Gewinnungsrecht zum Abbau von Granulit auf ca. 45 ha gesichert.

Im Jahr 1991 nimmt die Bürgerinitiative die Arbeit auf.

Es folgen viele Aktionen die Bürger, Gewerbetreibende und Landeigentümer informieren.

Ein Gesteinsabbau am Mühlauer Windberg ist aus unserer Sicht weder mit dem Bedarf noch mit einer besonderen Qualität des Rohstoffes zu begründen. Wir kämpfen für den Erhalt unserer naturnahen dörflichen Umgebung, um die Tier- und Pflanzenwelt und die Erhaltung des Landschaftsbildes.

Nach Scoping Termin, Auslegung des Rahmenbetriebsplanes, Einwendungen der Mühlauer, Burgstädter und Hartmannsdorfer Bürger, sowie der Gemeinde und Stadtverwaltungen und zahlreicher Betriebe, entschied das Oberbergamt im Nov. 2001 den Planfeststellungsbeschluss für den Steinbruch. Danach folgten Klagen beim Verwaltungsgericht Chemnitz und beim Oberverwaltungsgericht Bautzen, die kleine Erfolge brachten, im Übrigen aber erfolglos blieben.

Doch einfach aufgeben gibt es nicht.

Von den 8 betroffenen Landeigentümern, konnte der Investor nur bei einem Eigentümer einen Pachtvertrag abschließen. Die anderen Eigentümer und Pächter lassen sich anwaltlich vertreten um sich gegen den bevorstehenden Versuch der Grundabtretung zu schützen.

Nach der Zulassung eines Betriebsplanes durch das Oberbergamt, das den Bau einer Betriebsstraße auf dem gepachteten Flurstück gestattet, kam es zu weiteren Auseinandersetzungen. Da diese Betriebs-

straße in den Planungsunterlagen überhaupt nicht vorkommt und die Ausfahrt auf einem Privatweg endet, konnte im Sommer 2012 ein Baustopp erwirkt werden.

Im Dez. 2012 stellte der Investor den Antrag auf Grundabtretung und vorzeitige Besitzeinweisung. Die Eigentümer, Pächter und Nebenberechtigten waren verpflichtet bis 29.03.2013 ihre Stellungnahmen abzugeben.

Da viele Fragen noch ungeklärt sind (es gibt z.B. noch keine Wasserrechtliche Genehmigung), wurde ein Fragenkatalog an das Oberbergamt gesendet und bis zur Klärung eine Fristverlängerung beantragt.

Jetzt ist es also so weit, nach über 23 Jahren soll auf der Grundlage des alten Bergrechtes enteignet werden. Das Interesse eines privaten Investors soll über allen anderen Interessen stehen.

Wir wissen, dass es nicht einfach ist, gegen die bestehende Gesetzeslage im Bergrecht vorzugehen. Aber das Wort „Recht“ kommt auch im Bergrecht vor und das kann nicht bedeuten, dass nur wirtschaftliche Interessen Vorrang haben.

Dafür lohnt es weiterzugehen und uns daran zu erfreuen noch unverbaute, schöne, offene Landschaften zu genießen.

12. Kohlekraft ist schon längst am Ende

Quelle: Die Tageszeitung (TAZ) vom 20.4.13 [Sehr lesenswerter] Kommentar von Bernward Janzing

Von Dankeschreiben der Stromwirtschaft ist nichts bekannt – angemessen wären sie freilich. Denn Umweltschützer haben in den letzten Jahren Energieunternehmen vor schmerzhaften Fehlinvestitionen bewahrt: In Brunsbüttel, Mainz und Lubmin zum Beispiel trugen Bürgerproteste zumindest dazu bei, dass geplante Kohlekraftwerke nicht gebaut wurden.

An anderen Standorten, so darf man vermuten, wären Energieunternehmen heute froh, Umweltverbände hätten auch ihre Planungen frühzeitig gestoppt. Denn die Projekte, die derzeit im Bau sind, werden womöglich niemals rentabel arbeiten können. Dass gleichwohl Eon in Datteln oder EnBW in Karlsruhe ihre Neubauten noch zu Ende bringen wollen, liegt nur daran, dass sie schon viel Geld verbaut haben. Und dass RWE sogar noch von einem Neubau in Niederaußem spricht, soll allein Aktivität signalisieren. Zu entscheiden gibt es in der Sache derzeit nichts; ein Baubeschluss steht frühestens 2017 an – und dass der zugunsten eines Neubaus fallen wird, ist unwahrscheinlich.

Denn Kohlekraftwerke haben inzwischen kaum noch Chancen, die jährlichen Laufzeiten zu erreichen, die sie brauchen, um ihre Investitionskosten einzuspielen. Wenn Solarkraftwerke und Windparks während 3.000 bis 4.000 Stunden im Jahr die Netze fluten, bleiben den Kohlekraftwerken bestenfalls 5.000 Stunden, in denen sie De-

ckungsbeiträge zur Finanzierung der Kapitalkosten erwirtschaften können. Ein Kraftwerk, das mit 6.000 oder gar 7.000 Stunden kalkuliert war, wird dann zum Verlustobjekt.

Die Kohlekonzerne hätten es wissen können, schließlich sahen Marktbeobachter diese Entwicklung kommen. Das Fachmagazin Photon etwa benannte unter dem Titel „Schwarze Wolken über RWE & Co.“ bereits Anfang 2009 die absehbaren

Längst schwappen die Überschüsse aus deutscher Produktion in großem Stil ins Ausland. Im ersten Quartal 2013 erreichte Deutschlands Exportüberschuss bereits die Hälfte des gesamten Vorjahres – und schon das war ein Allzeitrekord. Beliebig wird sich der Export jedoch nicht ausbauen lassen, und deswegen ist absehbar, dass schon sehr bald die Erzeugung von Kohlestrom in Deutschland gedrosselt werden muss. Die Rechnung ist einfach: Die Erneuerbaren wer-



Von der Sonne überstrahlt. Kohlekraftwerk in Niedersachsen (Foto: taz)

Probleme der traditionellen Elektrizitätswirtschaft – nicht ohne den aus heutiger Sicht bemerkenswerten Hinweis, die Kraftwerksbetreiber hätten „offenbar noch gar nicht realisiert, was auf sie zukommt“.

Die Zukunft verkannt

Völlig betriebsblind, auf fast schon naive Weise gefangen in ihrer engen, alten Energiewelt, unterschätzten Stromkonzerne und auch Stadtwerke den Siegeszug der erneuerbaren Energien. Noch immer geprägt von der längst zerfallenen Monopolistenwelt verkannten sie, dass ihnen Bürgerkraftwerke eines Tages das Leben schwer machen würden; sie ignorierten alle Anzeichen, dass in Zukunft niemand mehr Grundlastkraftwerke braucht.

Zwischenzeitlich aber ist unverkennbar, dass die neuen Kohlekraftwerke bestenfalls dann rentabel werden arbeiten können, wenn zuvor in großem Stil alte Blöcke das Feld räumen. Solange das aber nicht geschieht, ist Deutschlands Strommarkt zu den meisten Zeiten schlicht überversorgt – mit der logischen Konsequenz niedriger Preise im Großhandel: Strom, der im Jahr 2014 geliefert wird, ist an der Börse aktuell für 41 Euro je Megawattstunde zu haben. Vor fünf Jahren kostete er das Doppelte.

den weiter ausgebaut, folglich muss irgendjemand seine Produktion senken. Da das nächste Atomkraftwerk laut Plan aber erst Ende 2015 vom Netz geht und die Gaskraftwerke ohnehin schon weitgehend stillstehen, kann nur noch die Kohle weichen. Da mag dann zwar die Wirtschaftswoche lamentieren, dass „die verkorkste Energiewende“ nun „die Steinkohlekraftwerke gefährdet“. Aber es war ja gerade der Sinn der Energiewende, auch Kohlestrom durch Ökostrom zu ersetzen.

Und doch bleibt ein Problem: Manches heute unwirtschaftliche Kraftwerk wird man dennoch in Engpass-Situationen für wenige Stunden im Jahr brauchen. Der viel diskutierte Kapazitätsmarkt, der bereits die Bereitstellung von Kraftwerksleistung bezahlt, kann dieses Problem entschärfen. Dennoch sollten die Betreiber von Kohlekraftwerken nicht auf Rettung durch einen Kapazitätsmarkt hoffen. Denn ist dieser richtig gestaltet, wird er vor allem die Gaskraftwerke wieder „ins Geld“ bringen, wie man in der Branche sagt. Und nicht die Kohle.

Zu unflexibel für das System

Die Meiler nämlich passen schon alleine aus technischen Gründen immer weniger ins System. Ein Beispiel: In den Mittagsstunden des 17. März erzeugten Sonne und Wind zusammen 25 Gigawatt. Am Spotmarkt kostete der Strom in diesen Stunden weniger als einen Cent je Kilowattstunde – ein Preis, zu dem kein konventionelles Kraftwerk rentabel Strom erzeugen kann. Gleichwohl

waren weiterhin Kohlekraftwerke mit 15 Gigawatt und Atomkraftwerke mit zehn Gigawatt am Netz. Die Anlagen liefen, weil sie nicht anders konnten. Weil sie schlicht zu unflexibel sind für ein von erneuerbaren Energien geprägtes Versorgungssystem. Denn Kohlekraftwerke können ihre Stromerzeugung typischerweise pro Minute nur um ein bis 1,5 Prozent (gemessen an ihrer Nennleistung) verändern. Und unter 40 bis 50 Prozent ihrer Nennleistung können sie überhaupt nicht gedrosselt werden, sofern man sie anschließend wieder zügig hochfahren will.

Was die Stromwirtschaft stattdessen braucht, sind flexible Gaskraftwerke. Und weil kleine Anlagen noch flexibler sind als große, gehört die Zukunft neben den erneuerbaren Energien den dezentralen Gaskraftwerken. Am Ende steht damit die bemerkenswerte Erkenntnis, dass die ökologisch günstigsten Kraftwerke auch jene sind, die sich am besten in die Stromwirtschaft der Zukunft einfügen. Ob das auch die Stromwirtschaft begreift, wird sich zeigen. Wenn sie klug ist, wird sie erkennen, dass es nicht verkehrt ist, das Ohr immer ein wenig am Puls der Umweltbewegung zu haben.

13. Rohstoffkonzerne müssen Zahlungen offenlegen

Posted on: Wednesday, June 12, 2013 3:23 PM

Author: greenpeace-magazin.de: Tagesthemen

Straßburg/Brüssel (dpa) - Die EU schiebt dubiosen Rohstoffgeschäften in Afrika und Asien einen Riegel vor. Europäische Firmen, die Öl, Gas, Edelmetalle und Holz abbauen, müssen künftig ihre Zahlungen an Regierungen veröffentlichen. Dazu gehören Steuern, Lizenzgebühren oder Gebühren für Genehmigungsverfahren. Entsprechende Regeln hat das Europaparlament am Mittwoch in Straßburg gebilligt. Die Vorgaben treten nach der Zustimmung des Ministerrats in Kraft, die als Formalie gilt. Dann haben die EU-Staaten zwei Jahre Zeit, die Regeln in nationales Recht umzusetzen.

Mit der Publikationspflicht will die EU Korruption - insbesondere in Drittweltländern - verhindern. In den USA sind ähnliche Regeln seit August 2012 rechtlich verankert.

Konkret ist vorgesehen, dass Firmen, die Rohstoffe oder Holz abbauen, ihre Zahlungen an Regierungen detailliert pro Land und pro Projekt offenlegen, etwa in ihrem Geschäftsbericht. Das soll sowohl für Firmen gelten, die ihren Hauptsitz in Europa haben, als auch für Nicht-EU-Unternehmen, die an einer europäischen Börse gelistet sind. Die Schwelle für die Berichtspflicht liegt bei 100 000 Euro. Kleine und mittelständische Unternehmen sind davon befreit.

Die Energiebranche konnte sich nicht durchsetzen mit ihrer Forderung nach Ausnahmeregelung für Firmen, die in autoritär beherrschten Ländern operieren, wo eine Offenlegung der Zahlungen gesetz-

lich verboten ist. Eine solche «Tyrannenklausel» gibt es nicht.

Link: <http://tinyurl.com/pwqtrot>